



**University of
Zurich**^{UZH}

**Zurich Open Repository and
Archive**

University of Zurich
University Library
Strickhofstrasse 39
CH-8057 Zurich
www.zora.uzh.ch

Year: 2018

Rehabilitation: Die Toten und die Verurteilten

Koller, Christian

Abstract: Die Linke in Genf demonstrierte 1932 gegen die faschistische Union nationale. Überforderte Rekruten schossen in die Menge. Das blutige Ereignis prägt Genf bis heute. Jetzt will der Kanton die damals von einem Bundesschwurgericht verurteilten Demonstranten rehabilitieren.

Posted at the Zurich Open Repository and Archive, University of Zurich

ZORA URL: <https://doi.org/10.5167/uzh-152293>

Newspaper Article

Published Version

Originally published at:

Koller, Christian. Rehabilitation: Die Toten und die Verurteilten. In: WOZ: Die Wochenzeitung, 25, 21 June 2018, 4.

Nr. 25/2018 vom 21.06.2018

REHABILITATION

Die Toten und die Verurteilten

Die Linke in Genf demonstrierte 1932 gegen die faschistische Union nationale. Überforderte Rekruten schossen in die Menge. Das blutige Ereignis prägt Genf bis heute. Jetzt will der Kanton die damals von einem Bundesschwurgericht verurteilten Demonstranten rehabilitieren.

Von Christian Koller

«Die Ordnung ist wieder hergestellt»: Am Tag der Beerdigung der Opfer des 9. November 1932 löst das Militär in Genf eine weitere Demonstration auf.

FOTO: AKG-IMAGES

Vergangene Woche lehnte der Ständerat eine Genfer Standesinitiative zur Rehabilitierung von sieben wegen der Beteiligung an der Demonstration vom 9. November 1932 verurteilten Personen als Erstrat mit 24 gegen 17 Stimmen ab. Der Vorstoss war letztes Jahr vom Genfer Grossen Rat mit den Stimmen der bürgerlichen und linken Parteien beschlossen worden. Nur das Mouvement Citoyens Genevois und die SVP hatten dagegen votiert. Nun muss auch noch der Nationalrat über die Rehabilitierung befinden.

Faschistische Hetzer

Am 9. November 1932 demonstrierten in Genf mehrere Tausend Personen gegen die Union nationale. Diese

orientierte sich am italienischen Faschismus und erhielt auch finanzielle Zuwendungen aus Rom. Ihr Chef Georges Oltramare hetzte unter dem Motto «Eine Lehre, ein Glaube, ein Führer» gegen Sozialismus und Judentum und forderte ein autoritäres System. Im Zweiten Weltkrieg sollte er dann in Vichy-Frankreich antisemitische Radiopropaganda betreiben und 1950 von einem französischen Gericht in Abwesenheit zum Tod verurteilt werden. Die Anhänger der Union nationale paradierten als Kopie ausländischer Vorbilder uniformiert durch die Strassen. Trotzdem gingen die Bürgerlichen mit ihr ein Bündnis gegen die Linke ein. Damals befand sich Genf in einer Krise: 1932 waren über 8000 Personen ohne Arbeit. Arbeitskämpfe nahmen an Heftigkeit zu. Die bürgerlichen Parteien wurden durch mehrere Skandale erschüttert. Unter Führung des wortgewaltigen Linksozialisten Léon Nicole ging die SP aus den Wahlen 1930 als stärkste Kraft hervor, war aber in der Kantonsregierung nicht vertreten.

Am 9. November 1932 lud die Union nationale in den Gemeindesaal von Plainpalais zur «öffentlichen Anklage» gegen die SP – die eine Gegendemonstration organisierte. Die Behörden befürchteten Zusammenstösse und forderten militärische Ordnungstruppen an. 600 Rekruten aus Lausanne wurden herbeordert. Obwohl die «Sozialfaschismus»-Doktrin der Kommunistischen Internationale die Bekämpfung der Sozialdemokratie als «Hauptstütze der Bourgeoisie» vorschrieb, beteiligten sich an der Gegendemo Menschen aus dem ganzen linken Spektrum, inklusive der kleinen Kommunistischen Partei. Redner hielten flammende Ansprachen. Kurz nach halb zehn eskalierte die Situation. Die überforderten Rekruten feuerten ohne Vorwarnung in die Menge. Es gab dreizehn Tote und über sechzig Verletzte – die grösste Opferzahl, die je ein militärischer Ordnungseinsatz in der Schweiz gefordert hat. Unter den Opfern waren auch unbeteiligte PassantInnen.

Straffreie Armeeangehörige

Anderntags wurden Nicole und weitere Beteiligte verhaftet. Der eingetroffene Bundespräsident Giuseppe Motta stellte fest, die Ordnung sei wiederhergestellt. Auch für die bürgerliche Presse war sofort klar, dass die Schuld die linken «Revolutionsköche» treffe, den «Hetzer Nicole» (wie der Berner «Bund» schrieb), der «für seinen berstenden Ueberfluss an Gift und Galle einen Auslass auf die Strasse finden» musste. Rechts aussen wurde sogar von einem aus Moskau gesteuerten Putschversuch fantasiert.

Während gegen die beteiligten Armeeangehörigen kein Verfahren eingeleitet wurde, verurteilte ein Bundesschwurgericht sieben der achtzehn Angeklagten wegen Anstiftung zum Aufruhr. Der mit sechs Monaten Gefängnis am höchsten bestrafte Nicole feierte, kaum aus der Haft entlassen, ein spektakuläres Comeback: Im November 1933 wurde er zusammen mit drei weiteren Sozialisten in den Staatsrat gewählt. Damit bestand in Genf als schweizweite Premiere eine linke Regierung auf kantonaler Ebene – allerdings mit einer rechten Parlamentsmehrheit. Im September 1939 wurde Nicole dann wegen seiner Befürwortung des Hitler-Stalin-Pakts aus der SP ausgeschlossen.

Die Ereignisse von 1932 blieben als «la fusillade» im kollektiven Gedächtnis Genfs verankert. Das Thema «öffentliche Ordnung» wurde früher und parteiübergreifender als anderswo von einer Orientierung an den Bürgerrechten dominiert. Und dass Genf 1989 neben dem Jura der Armeeabschaffungsinitiative zustimmte, war auch eine Langzeitwirkung von 1932.

Christian Koller ist Direktor des Schweizerischen Sozialarchivs und Titularprofessor für Geschichte der Neuzeit an der Universität Zürich.